

Wahlprüfsteine des bäuerlichen Klimanetzwerks NRW

Das bäuerliche Klimanetzwerk NRW hat im Vorfeld der Landtagswahl Wahlprüfsteine an die CDU, Grüne, FDP, SPD und Linke geschickt. In den Fragen geht es um das Einhalten von Klimaschutz, sowie Klimaschutz in der Landwirtschaft.

Zum bäuerlichen Klimabündnis NRW gehören aktuell die folgenden Verbände: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. NRW (AbL NRW), Biokreis NRW e.V., Bioland NRW e.V., Bundesverband Deutscher Milchviehalter Landesteam NRW, Demeter im Westen e.V., junge AbL, junges Bioland NRW, Landesvereinigung Ökologischer Landbau NRW e.V. (LVÖ NRW), Naturland NRW e.V., Netzwerk Solidarische Landwirtschaft NRW, Ökoausschuss WLV und die Regionalwert AG Rheinland.

Hier die Antworten der Parteien, jeweils alle Antworten zu einer Frage, die Parteien sind alphabetisch sortiert. Die Antwort der LINKE kam als ein Fließtext, er findet sich im Anschluss an die anderen Antworten.

Welchen Stellenwert wird der Klimaschutz in Ihrer Agrarpolitik einnehmen?

CDU

In unserer Agrarpolitik verfolgen wir alle Aspekte der Nachhaltigkeit. Das heißt, dass wir stets zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten abwägen und versuchen, eine Lösung zu finden, die alle Seiten berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund spielt der Klimaschutz in unserer Agrarpolitik eine große Rolle. Entsprechend wollen wir die Landwirte dabei unterstützen, mit klimatischen Veränderungen umzugehen. Zur Erreichung der Klimaziele setzen wir auf technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und nicht auf Verbote. Zudem wollen wir, dass Land- und Forstwirte mit Biodiversität und Naturschutzleistungen Geld verdienen können.

FDP

Die Landwirtschaft spielt für den Klimaschutz eine zentrale Rolle. Durch die nachhaltige Flächenbewirtschaftung leistet diese bereits jetzt einen enormen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Dies kann im Rahmen einer zukunftsfähigen Kohlenstoffwirtschaft dazu genutzt werden, Kreisläufe durch Nutzung von Sekundärrohstoffen zu schaffen und so CO₂ klimaunschädlich durch Speicherung abzuscheiden. So können wir Kohlenstoff als wichtigen Rohstoff nachhaltig und innovativ nutzen und uns mittels Dekarbonisierung zunehmend von der Ausbeutung fossiler Quellen lösen. Auf diesem Wege wollen wir die Landwirtschaft in den CO₂-Zertifikatehandel einbinden, um sie so noch klimafester zu machen. Wir wollen die Forschung im Bereich der Emissionsminderung fördern und zur Marktreife bringen, um deren Chancen, etwa bei der Verfütterung von Insektenproteinen und Algenzusätzen zur Emissionssenkung in der Rinderhaltung, zu nutzen. Dazu sind unter anderem auch Carbon Farming und der Einsatz von Pflanzenkohlen und Bio-Pyrolyse geeignet.

Grüne

Die Klimakrise ist neben der Biodiversitätskrise die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Daher hat Klimaschutz in unserer Landwirtschaftspolitik folgerichtig einen hohen Stellenwert. Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima können Bäuerinnen und Bauern auf Dauer nicht sicher arbeiten. Gleichzeitig haben landwirtschaftliche Produktionsprozesse Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Diese Zusammenhänge müssen bei politischen Maßnahmen dringend berücksichtigt werden. Für uns gilt: Jeder Wirtschaftsbereich muss seinen Beitrag zum Klimaschutz

leisten. Gegenüber anderen Sektoren sind die Reduktionspotenziale der Landwirtschaft geringer. Aber sie sind vorhanden: Moor- und Grünlandschutz können hier genauso einen Beitrag leisten wie eine flächenangepasste Viehhaltung. Schon heute tragen viele Bäuerinnen und Bauern aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen bei. Wir werden sie dabei weiter unterstützen.

SPD

Auch die Landwirtschaft muss ihre Sektorvorgaben für die Klimaziele 2030 erfüllen. Auf europäischer Ebene setzt der Green Deal den Rahmen und ist handlungsleitend. Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle zu: fast die Hälfte der Landesfläche NRWs wird landwirtschaftlich genutzt, darunter die CO₂-Senken, die nicht vermeidbare Emissionen kompensieren müssen. So ergeben sich wirtschaftliche Chancen: wir wollen Engagement der Landwirte im Umweltschutz stärken und fair entlohnen. Dabei sind sie wesentlich von der Klimaerhitzung betroffen, sodass auch eine Anpassung erfolgen muss (effizientere Ressourcennutzung, robustere Pflanzen/Tiere, betriebsübergreifende Kooperationen). Durch bodenschonendere Produktionsverfahren können Klimaschutz und -anpassung Hand in Hand gehen. Letztlich kann nur ein System der Kreislaufwirtschaft zukunftsweisend sein, in dem wir Nährstoffkreisläufe regional wie innerbetrieblich weitgehend schließen und in eine stärkere regionale Wertschöpfung überführen.

Welche konkreten Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels möchten Sie in NRW veranlassen?

CDU

Wir haben das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Damit verpflichten wir uns, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, Schäden zu minimieren und die Widerstandsfähigkeit zu steigern. Alle staatlichen Einrichtungen müssen bei ihren Entscheidungen Klimafolgen und -anpassung im Blick behalten. Der Schlüssel für die Erreichung der Pariser Klimaziele ist der Energiesektor, dieser produziert die meisten CO₂-Emissionen. Aber wir wollen auch die Potenziale im Gebäudesektor heben. Neben dem Kohleausstieg ist der Ausbau der erneuerbaren Energien maßgeblich. Konkret setzen wir dabei auf Windenergie und Photovoltaik (PV). Dies spiegelt sich in der Energieversorgungsstrategie 2.0 (EVS), die bis 2030 eine Verdopplung der installierten Leistung bei der Windenergie sowie eine Verdrei- bis Vervielfachung bei der PV im Vergleich zu 2020 vorsieht. Für uns bleibt dabei entscheidend: Der Zubau der erneuerbaren Energien muss vor Ort von den Menschen akzeptiert werden, andernfalls sind die langfristigen Ziele der Energiewende nicht erreichbar. Außerdem muss Energie sicher und bezahlbar bleiben.

FDP

Für die notwendige Begrenzung des CO₂-Ausstoßes muss auf Bundesebene und international das stärkste und sinnvollste Instrument Anwendung finden: die Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Seine Ausweitung über alle Sektoren und idealerweise auch über alle Staaten dieser Erde garantiert das Einhalten des Ziels der Klimaneutralität sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad. Gleichzeitig sorgt der Emissionshandel für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair. Bei der Ausweitung des Emissionshandels sind zunächst der Bund und die EU gefordert – langfristig ist jedoch klar, dass ein konsequenter Emissionshandel einer internationalen Ausweitung bedarf. Denn eine effiziente Klimapolitik gelingt nur dann, wenn global gehandelt wird. Klimaschutz ist und bleibt eine internationale Aufgabe und kann nur durch eine weltweite Zusammenarbeit vollständig erreicht werden.

Grüne

Wenn NRW tatsächlich bis 2040 klimaneutral werden soll, sind tiefgreifende Veränderungen, auch in der Landwirtschaft notwendig. Wir möchten die wenigen in NRW noch vorhandenen Moore vor Ackernutzung schützen. Die schrittweise Reduzierung des Energiepflanzenanbaus und Umstellung der Biogasanlagen auf eine Kaskadennutzung mit Abfall- und Reststoffen kann Flächen für Nutzungen im Sinne des Klimaschutzes freigeben. Positiv ist, dass all diese Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, gleichzeitig auch helfen, die Biodiversitätskrise anzugehen. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu steigern. Mittelfristig haben wir uns zum Ziel gesetzt, den Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere auf ein umweltverträgliches Maß zu reduzieren. Eine große Rolle spielt hierbei unsere Ernährungsweise. Mit einem „300 mal 30 Prozent-Programm“ möchten wir zunächst 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen fördern, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem planen wir die Förderung des Ausbaus von (Schul-)Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen.

SPD

Die neuen Spielräume der GAP gilt es umweltwirksam und ambitioniert auszugestalten. Wir wollen Dauergrünland erhalten, extensives Grünland ausweiten, die Weidehaltung sowie die Landschaftspflege durch u.a. Schaf- und Ziegenherden fördern. Wir wollen den Ökolandbau gezielt fördern und die Ökomodellregionen ausweiten. Mit klaren Regelungen für die Beschaffung öffentlicher Gemeinschaftsverpflegungen werden wir einen wachsenden Absatzmarkt für regionale Bioprodukte erschließen. Wir werden klimaschädliche Subventionen prüfen und Lebensmittelverluste verringern. Durch stärkere Regionalisierung der Landwirtschaft und kurze Wertschöpfungsketten gilt es, Transportwege und Futtermittelimporte zu reduzieren. Mehr als 60 % der THG-Emissionen der Landwirtschaft entspringen der Nutztierhaltung. Deren Zahl werden wir regional an die Fläche binden (2 GVE/ha) und Halter aktiv unterstützen, tierwohlfreundlichere Ställe immissionsrechtskonform zu bauen, Klimagase einzusparen und Böden zu entlasten.

Wie werden Sie erreichen, dass die Maßnahmen zum Klimaschutz gesellschaftlich akzeptiert und sozial gerecht gestaltet werden?

CDU

In einem dichtbesiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen kann die Energiewende nicht gegen die Bevölkerung gelingen. Der Mensch steht für uns an erster Stelle. Daher haben wir einerseits einen Schutzabstand von 1.000 Metern für bestimmte Wohngebiete vorgesehen und andererseits die Stärkung der kommunalen Planungshoheit beim Ausbau der Windenergie erreicht. Es gibt in Nordrhein-Westfalen Regionen, die Windenergie ausdrücklich und im Einvernehmen mit der Bevölkerung stärker ausbauen wollen. Dort können die Gemeinden mittels Bauleitplanung – natürlich unter Beachtung der Grenzen des Immissionsschutzrechts – vom Mindestabstand abweichen. Das schafft für beide Fälle klare Spielregeln.

FDP

Damit Klimaschutz keine soziale Frage wird, muss es einen Ausgleich für Mehrbelastungen geben. Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken und die für Endverbraucher belastenden Subventionen im Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein marktwirtschaftliches Modell ablösen. Denn die Energiewende darf nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen

durch hohe und unverhältnismäßige finanzielle Belastungen eingeschränkt werden. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung unter anderem die Abschaffung der EEG-Umlage noch in diesem Sommer beabsichtigt.

Grüne

Der Klimaschutz wird erhebliche Kosten verursachen. Allerdings haben gerade die Flutereignisse im Juli 2021 gezeigt, dass es noch teurer werden wird: nämlich kein Klimaschutz. Deshalb ist die Frage des „Ob“ auch entschieden, es kommt nun darauf an, das „Wie“ richtig zu gestalten. Dabei gilt es, darauf zu achten, dass nicht überall die gleichen Voraussetzungen bestehen: So ist z.B. der Verzicht auf das Auto in Köln oder Dortmund leichter möglich als im ländlichen Raum. Eines ist aber auch klar: Gerade der ländliche Raum kann vom Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv profitieren. Werden Windkraftanlagen als Bürgerwindparks mit breiter Beteiligung vor Ort errichtet, dann ist hier eine sehr gute Wertschöpfung möglich. Anstatt viele Milliarden Euro für Gas und Öl in Richtung Russland oder Mittlerer Osten zu senden, kann dieses Geld auch im Sauerland, Bergischen Land oder im Münsterland verdient und investiert werden. Und im Bereich der Landwirtschaft gilt: Wenn Bäuerinnen und Bauern faire Preise erhalten für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen, kann der Klimaschutz auch in der Landwirtschaft sozial gerecht gestaltet werden.

SPD

Klimaschutz ist gesamtgesellschaftlich nicht nur akzeptiert, sondern wird zunehmend eingefordert. Daher braucht es kooperative Ansätze und klare politische Leitlinien. Zu oft wird Klima- und Umweltschutz als wirtschaftliche Beeinträchtigung gesehen. Umweltschutz muss sich finanziell lohnen. Wir streben einen Paradigmenwechsel an: externe Effekte wie die Verunreinigung von Gewässern durch maximale Anwendung von Dünge- oder Pflanzenschutzmittel werden in der Kostenlegung eines Betriebs nicht berücksichtigt, sind aber gesellschaftlich bei der Gewässerreinigung auszugleichen. Wer umweltschonender wirtschaftet, hat oft höhere Kosten bei wenig wirtschaftlichem Nutzen. Wir wollen durch Systeme der Nachhaltigkeitsbewertung (ökologisch, ökonomisch, sozial) externe Effekte und nicht entlohnte positive Leistungen sichtbar machen und mittelfristig in die Preisbildung integrieren. Das schafft finanzielle Vorteile für nachhaltiges Wirtschaften und bedeutet Respekt für die Landwirtinnen und Landwirte.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Maßnahmen zum Schutz des Klimas?

CDU

Die Energiewende in Deutschland und der EU muss stärker auf marktwirtschaftliche Fundamente gestellt werden. Eine CO₂-Bepreisung über Zertifikatesysteme schafft effiziente Anreize, um CO₂-Emissionen dort zu reduzieren, wo es mit den geringsten Kosten möglich ist. Dies gilt es zu stärken. Wichtig ist auch, die Einnahmen über die CO₂-Bepreisung an die Menschen und die Wirtschaft zurückzugeben und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Niemand soll durch eine ambitionierte Klimaschutzpolitik finanziell überfordert werden. Der Bund muss deshalb dafür Sorge tragen, effektive Entlastungen umzusetzen. Um unsere Wälder multifunktional und klimafest zu gestalten, sind in der Summe (2021/22) Fördermittel in Höhe von 134 Millionen Euro eingeplant. Ein ebenfalls existenzielles Thema ist der Artenschutz. Für die Förderung des Insektenschutzes und der Artenvielfalt sind für das kommende Jahr rund 45,5 Millionen Euro vorgesehen. Weil Bäume ein wichtiger CO₂-Speicher und damit echte Klimaschützer sind, werden wir als neues Förderinstrument eine Baumprämie einführen,

die sich nach der CO₂-Leistung je Hektar Wald richtet. Wir werden ein umfangreiches Klima-Baum-Programm in Höhe von 50 Millionen Euro umsetzen. Damit können mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu gepflanzt werden.

FDP

Finanzierungsgrundlage für alle Maßnahmen, die zu eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und zum Schutz des Klimas beitragen, ergeben sich aus den marktwirtschaftlichen Anreizmechanismus des Emissionshandels, der das wirksamste Klimaschutzinstrument darstellt. Deshalb wollen wir den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Für die erfolgreiche Finanzierung der klimaneutralen Transformation, vor allem in der Energiewirtschaft, der Industrie, der Verkehrs- und der Wohnungswirtschaft, werden wir die Finanzplatzinitiative Fin.Connect.NRW weiter stärken. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir entschieden entgegen. Mit einer weiterhin klugen Schwerpunktsetzung lassen sich alle auf Landesebene gebotenen Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung des Industriestandorts NRW sowie in geeignete Anpassungsstrategien aus dem regulären Landeshaushalt bestreiten.

Grüne

Ein immenser Teil der Fördermittel für die Landwirtschaft wird durch die GAP bereitgestellt. Somit muss vor allem diese so ausgestaltet werden, dass Bäuerinnen und Bauern, die sich für den Klima und Umweltschutz einsetzen, gefördert werden. Die bisherigen Reformversuche sind aus unserer Perspektive unzureichend. Es bedarf einer konsequenten Ausrichtung der GAP auf die Umsetzung von landwirtschaftsbezogenen Klima- und Umweltzielen bei gleichzeitig ausreichend hohen Fördersätzen (Stichwort: Anreizförderung). Um die Klimaschutzmaßnahmen attraktiv und ausreichend zu finanzieren, können die Einnahmen aus dem Emissionshandel eine Basis sein. Schon jetzt fließen hieraus Gelder in einen Energie- und Klimafonds, aus dem Klimaschutzmaßnahmen – wie z.B. die energetische Sanierung von Gebäuden – finanziert werden. Da diese Einnahmen weiter wachsen werden, sollte dieser Fonds der Bundesregierung breit genutzt werden, um die entsprechenden Maßnahmen zu unterstützen. Wir werden aber für Klima- und Naturschutzmaßnahmen in Zukunft auch verstärkt Mittel aus dem Landeshaushalt nutzen müssen. Wichtig ist allerdings, dass die Klimakrise nicht das Hauptproblem der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft ist. Die fast durchgehend schlechten Preise für Agrarprodukte erfordern ein Umdenken, wie die Landwirtschaft von der Rolle des billigen Rohstofflieferanten für anonyme Märkte weg kommt. Wir wollen deshalb stabile, gute Preise für gute Produkte aus einer nachhaltigen Landwirtschaft dadurch sichern, dass wir über die Nachfrage durch öffentliche Einrichtungen (Schulkantinen, Unimensen etc.) einen verlässlichen und dauerhaften Absatz erreichen. Das würde der Landwirtschaft Sicherheit geben, um in eine tiergerechte und nachhaltige Produktion von Fleisch, Gemüse oder Milchprodukten einzusteigen. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen – und immer mehr Bäuerinnen und Bauern wollen diese produzieren. Wir stärken diese Bewegung und wollen die Landwirtschaft beim Umstieg unterstützen.

SPD

Bei Umweltmaßnahmen ist die Teilnahme zu erhöhen, indem sie finanziell nicht mehr nur auf eine Kompensation von Ertragsausfällen abzielen. Eine kostenlose Biodiversitätsberatung fördert die Bekanntheit. Schon jetzt sind umsichtig wirtschaftende Landwirte Klimaschützer. Derartige Gemeinwohlleistungen müssen fair bezahlt werden. Wir fordern eine Gemeinwohlprämie und möchten darüber hinaus Spezialisierungen im Naturschutz sowie der Landschaftspflege durch optimierte Betriebszweige unterstützen. Bundesweit geltende Indikatoren zur Nachhaltigkeitsbewertung sind gemeinsam festzulegen. Sie können den einzelnen Betrieben und

ganzen Wertschöpfungsketten ermöglichen, ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen, zu verbessern und gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Vertragsparteien geltend zu machen. Mittelfristig soll daraus eine Nachhaltigkeitsbilanzierung entstehen, die zu gerechteren Preisen entlang der Produktion führt und eine Finanzierung von Umweltleistungen über den Markt ermöglicht.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Forschung und Entwicklung klimaangepasster Landwirtschaftsstrategien?

CDU

Wir werden die Forschung zur längerfristigen Speicherfähigkeit von CO₂ und Wasser in Pflanzen und Böden, zur wassersparenden Bewässerung und zu neuen Pflanzenzüchtungsmethoden unterstützen und Forschungsaktivitäten in den Hochschulen und Instituten Nordrhein-Westfalens konsequent weiter fördern.

FDP

NRW verfügt über eine hervorragende Forschungslandschaft im Bereich Agrarforschung und damit die passende Ausgangslage, um zukunftsweisende und klimaresiliente Technologien für die Landwirtschaft zu entwickeln. Für eine nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft sind Forschung und Lehre in Agrarwissenschaften unverzichtbar. Dass hier die Studierendenzahlen steigen, ist ein wichtiges Signal für die Zukunft. Daher fördern wir den Ausbau der Kapazitäten. Wir wollen die Agrar- und Umweltfakultäten in NRW stärken. Erst 2018 wurde in unserer Regierungsverantwortung die Einführung von zwei neuen Bachelorstudiengängen, Precision Farming sowie Digitales Freiraummanagement am Standort Höxter gefördert. Landwirtschaft 4.0 ermöglicht Landwirtinnen und Landwirten einen klimafreundlicheren Umgang mit natürlichen Ressourcen und Pflanzenschutzmitteln. Wir wollen Innovationen in Züchtung, Digitalisierung und anderen Bereichen voranbringen, die dazu beitragen, dass die Ernten klimaresilienter werden.

Grüne

Der Staat gibt für die Agrar- und Klimaforschung insgesamt schon sehr viel Geld aus. Wir sehen hierbei allerdings noch weiteren Forschungsbedarf. Dies gilt neben Anpassungsstrategien für die Landwirtschaft an den Klimawandel und widerstandsfähigen Anbausystemen allerdings auch für Forschung im Bereich Ökolandbau, die derzeit unterfinanziert ist. Wir wollen die Agrarforschung hin zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von kleinstrukturierten und diversifizierten Landnutzungs mosaiken bis hin zu Agroforstansätzen. Neben der Frage des Klimaschutzes ist für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft aber mindestens genauso wichtig, die Tierhaltung in puncto Haltungsbedingungen weiterzuentwickeln. Für viele Betriebe ist dies das entscheidende Standbein, auch hier gilt es, die verschiedenen Ansprüche vom Klimaschutz bis hin zum Tierschutz zu erfüllen.

SPD

Den finanziellen Rahmen auch für Forschung und Entwicklung setzt die Gemeinsame Agrarpolitik auf EU-Ebene. Hier ist das Land aufgerufen, die Mittel verstärkt in Forschung und Entwicklung zur Klimaanpassung und für resilientere Strukturen einzusetzen. Darüber hinaus liegen bereits viele Forschungserkenntnisse vor, deren Transfer in die Praxis beschleunigt und breitenwirksam werden muss. Die Ausgestaltung des Förderkatalogs der Agrarumweltmaßnahmen ist ein wichtiges Instrument dazu. Auch Demonstrationsflächen und -betriebe sind zu unterstützen, um klimaangepasste Landwirtschaftsstrategien sichtbar und anschlussfähig für Betriebe zu machen.

Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie für Ausgleichszahlungen bei Missernten und weiterer klimabedingter wirtschaftlicher Schäden?

CDU

Klimabedingte Missernten und schwere wirtschaftliche Schäden sind als Folge eines Extremwetterereignisses nicht vorherzusehen. Sollte es zu solch unvorhersehbaren Geschehnissen kommen, muss auf gesonderte Hilfszahlungen zurückgegriffen werden. Gleichzeitig ist Klimaanpassung in der Landwirtschaft wichtig.

FDP

Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht länger abhängig von Sofort-Programmen sein. Wir setzen auf Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen es den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, mit steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklagen in guten Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorzusorgen. Auf diese Weise werden sie unabhängiger von staatlichen Notprogrammen und können risikoorientiert handeln. So wollen wir der Land- und Forstwirtschaft die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtern. Zudem lassen sich mit einer klugen Schwerpunktsetzung alle auf Landesebene gebotenen Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung sowie in geeignete Anpassungsstrategien aus dem regulären Landeshaushalt bestreiten. Eine Aufweichung der Schuldenregeln lehnen wir ab.

Grüne

Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen muss sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Die im Klimaanpassungsgesetz NRW geforderte Klimaanpassungsstrategie werden wir schnellstmöglich vorlegen, klare, messbare Ziele und Maßnahmen definieren und eine ambitionierte Umsetzung sicherstellen. Flächen, die für die Klimaanpassung wichtig sind, so wie Äcker und Wiesen, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer Versiegelung schützen. Klar ist auch: Der Staat kann nicht die vorhandenen unternehmerischen Risiken der Landwirtschaft übernehmen oder ausgleichen. Aus unserer Sicht wäre eine Versicherungslösung oder eine entsprechende Risikofondslösung denkbar.

SPD

Eine allgemeine Absicherung darf nicht zu einer Fehlsteuerung führen, sodass umweltschonende Veränderungen bei der Produktion unterbleiben. Auch können aus Gleichbehandlungsgründen mit anderen Branchen unternehmerische Risiken nicht völlig ausgeblendet werden. Die staatliche Förderung von Mehrgefahrenversicherungen lehnen wir ab, weil sie der gemeinschaftlichen Subventionierung der Versicherungswirtschaft und weniger einer lohnenden Unterstützung der Landwirtschaft gleichkommt. Auch steuerbefreite Risikoausgleichsrücklagen erweisen sich für die große Zahl der Betriebe als nicht zielführend. Wir schlagen zur Absicherung vor extremen Wetterereignissen und anderen Risiken ein solidarisches Risikoausgleichsmodell vor, bei dem sich Landwirtinnen und Landwirte gegenseitig unterstützen. Bei freiwilliger Teilnahme zahlen sie einen bestimmten Betrag (z.B. fünf Prozent der EU-Subventionen) in einen Nationalen Agrar-Fonds ein, aus dem sie im Krisenfall unabhängig vom Einzahlbetrag Hilfe erhalten können.

Wie möchten Sie Perspektiven insbesondere für Junglandwirt:innen schaffen und so den Berufsstand und bäuerliche Strukturen in NRW erhalten?

CDU

Ein für die landwirtschaftlichen Familien positives Selbst- und Fremdbild ist uns genauso wichtig wie ökonomische Perspektiven. Wir werden Junglandwirte in Nordrhein-Westfalen stärker fördern, Anreize ausbauen und dabei helfen, außerlandwirtschaftliche Betriebsgründungen durch gut ausgebildete Kräfte zu erleichtern. Dazu werden wir die Niederlassungsprämie für Junglandwirte ausbauen, die aktuellen Förderbedingungen überprüfen und gegebenenfalls die Altersgrenze anpassen. Wir begrüßen es, dass unsere Junglandwirte durch die GAP Reform in Zukunft höhere Prämien erhalten.

FDP

Junge Landwirtinnen und Landwirte tragen als Gründerinnen und Gründer zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei, sorgen mit ihren Betrieben für Ernährungssicherheit und pflegen Kultur und Landschaft. Daher ist es Aufgabe der Politik, gerade jungen Landwirtinnen und Landwirten bei Ihrer wichtigen Aufgabe zur Seite zu stehen, indem wir sie bei der Übernahme und eventuellen Neuausrichtung ihrer Betriebe unterstützen. Gerade im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gibt es viele Gründerinnen und Gründer, die innovative und nachhaltige Konzepte verfolgen. Dafür brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Dazu wollen wir den Berufsstand attraktiver gestalten und Anreize schaffen. Hierzu zählt eine verbesserte Work-Life-Balance und weniger Bürokratie. Wir wollen uns für eine konsequente Digitalisierung der Landwirtschaftsverwaltung einführen und so die Antrags- und Dokumentationslast verringern.

Grüne

Es geht darum, allen bäuerlichen Betrieben in NRW eine neue Perspektive sowie Planungs- und Investitionssicherheit zu bieten. Dazu müssen vor allem die unterschiedlichen betrieblichen Voraussetzungen beachtet werden. Wir wollen gezielt kleinere und mittlere bäuerliche Betrieben z.B. mit einfach abrufbaren Förderprogrammen unterstützen. Dabei geht es um Stallum- und Stallneubauten, aber auch um den Aufbau von Vermarktungs- und Produktionsstrukturen, um den Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Wertschöpfungskette zu erhöhen. Wir möchten daher in jedem Kreis und jeder Großstadt ein Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung einrichten. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den dortigen Betrieben soll dann vor Ort entschieden werden, was gebraucht wird: vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu regionalen Vertriebsstellen. Über einen so abgesicherten Absatz zu auskömmlichen Preisen möchten wir landwirtschaftlichen Betrieben – unabhängig vom Alter des Betriebsleiters oder der Betriebsleiterin – ein attraktives Angebot zur Fortführung des eigenen Hofes machen.

SPD

Der Erhalt bäuerlicher Strukturen ist uns ein großes Anliegen, dessen Erfolg an sehr viele unterschiedliche Faktoren geknüpft ist. Von den Pacht- und Bodenmarktpreisen, der Flächenpolitik über höhere Wertschöpfung auf den Höfen bis zu alltäglichen Arbeitserleichterungen und ein angemessenes Verhältnis von Freizeit und Arbeit. Junglandwirtinnen und Junglandwirte wollen wir besonders unterstützen. Hier sind eine zusätzliche Niederlassungsprämie für zusätzliche Existenzgründungen, unterstützende Maßnahmen für einen vereinfachten Zugang zu Land oder auch ein festgelegter Anteil der europäischen Direktzahlungen denkbar. Den innerfamiliären Generationenwechsel wollen wir durch eine bessere beratende Unterstützung begleiten. Ebenso

haben wir den Nachwuchs im Ernährungshandwerk im Auge, das für uns analog zu einer bäuerlichen Landwirtschaft maßgeblich für eine regionale Lebensmittelversorgung und attraktive Arbeit in der Ernährungswirtschaft Nordrhein-Westfalens ist.

Antworten DIE LINKE

DIE LINKE NRW streitet für eine Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel zu Preisen herstellt, die Menschen sich leisten können. Sie streitet für eine Landwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen und Einkommen für alle Menschen, die in ihr beschäftigt sind, und sie streitet für eine Landwirtschaft, die unsere Umwelt schützt und die Artenvielfalt erhält. Hierfür wollen wir ökologische und soziale Standards verbessern.

Mit Kunstdünger, Pestizide, Antibiotika und Gülle schädigt konventionelle Landwirtschaft die Umwelt, trägt zum Arten-, insbesondere zum Insektensterben bei. Tierquälerische Massentierhaltung schädigt das Klima, belastet das Grundwasser und macht Reserveantibiotika unwirksam. Langfristig streben wir die Umorientierung der gesamten Landwirtschaft auf ökologische Methoden an. Dabei wollen wir die regionale Erzeugung von Lebensmitteln fördern. Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir unterstützen die solidarische Landwirtschaft als eine Möglichkeit, ökologisch hochwertige Lebensmittel ortsnahe für alle zugänglich zu machen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen und ein faires Einkommen zu gewährleisten.

Klimaschutz ist für unsere Partei eine vorrangige Aufgabe. Wir wollen das 1,5°-Ziel dadurch erreichen, dass NRW bis 2030 aus der Braunkohle aussteigt und bis 2035 klimaneutral wird. Dazu ist ein umfassender sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft notwendig. Für die Landwirtschaft bedeutet dies u.a., dass ein Ausstieg aus der Massentierhaltung geboten ist. Wir wollen auf eine flächengebundene Tierhaltung umstellen. Den Anbau heimischer Eiweißpflanzen wollen wir unterstützen. Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebauten Futterpflanzen.

In großen Teilen der Bevölkerung findet gerade ein Umdenken statt - auch weil die Auswirkungen der Klimakatastrophe spürbar werden. Daran wollen wir anknüpfen und argumentativ überzeugen. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus nicht Menschen, die über wenig Geld verfügen, von Teilhabe ausgeschlossen werden. Für Menschen mit geringem Einkommen muss es z.B. eine Grundmenge kostenlos verfügbarer Energie geben, steigende Lebensmittelpreise müssen durch Einkommenszuwächse aufgefangen werden.

Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft oft schlecht, lange Arbeitszeiten, kein geregelter Urlaub, landwirtschaftliche Einkommen liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Der Preisdruck großer Molkereien, Handelsketten und der Lebensmittelindustrie und Abhängigkeit von Lieferanten für Saatgut und Pestizide erschweren den Landwirten das Überleben. Um den Beruf für junge Menschen wieder attraktiv zu machen, müssen die Arbeitsbedingungen und die Einkommen an vergleichbare Tätigkeiten angeglichen werden.

Land- und Forstwirte wollen wir bei der Umstellung auf eine ökologische Produktion unterstützen.

Wir wollen zudem ein Landesprogramm zur Förderung von Projekten der solidarischen Landwirtschaft. Eine hierfür einzurichtende Agentur soll dabei helfen, interessierte Menschen und Landwirt:innen zusammen zu bringen, bei der Suche nach geeigneten Flächen unterstützen und in der Startphase beraten.

DIE LINKE NRW setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Zahlungen sollen konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien und an den Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten. Es

darf nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Die Schaffung und der Erhalt sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze soll unterstützt und renditeorientierte Investoren müssen ausgeschlossen werden.